

Anfragen zum Plenum in der 12. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welcher zusätzliche polizeiliche Aufwand wurde überregional, regional, zeitlich und personell insgesamt kostenmäßig betrieben, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung am 16.03.2025 anlässlich des Zweitliga-Fußballspiels zwischen dem 1.FC Nürnberg und der SpVGG Greuther Fürth, zu gewährleisten?

Nicole Bäuml
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass in einem Online-Artikel der Augsburger Allgemeinen¹ Staatsministerin für Unterricht und Kultus Anna Stolz mit „Ich bin davon überzeugt, dass in unseren Schulen innovative und praxisnahe Leistungsmessungen eine wichtige Rolle spielen müssen.“ Mit Blick auf die immer größer werdende Bedeutung der KI sei es wichtig, die Prüfungskultur kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dafür liefern bereits Modellversuche“ zitiert wird, welche laufende Modellversuche sind damit gemeint, welche Zielsetzungen haben diese Modellversuche und was sind die bisherigen Erkenntnisse aus diesen Modellversuchen?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem der Entwurf des Managementplans zum Vogelschutzgebiet Erdinger Moos von der Staatsregierung in der Antwort auf die Anfrage zum Plenum vom 20.06.2022 für Ende des Jahres 2023 angekündigt wurde und in der Anfrage zum Plenum vom 05.02.2024 ein Entwurf bis Anfang 2025 in Aussicht gestellt wurde, jedoch bis heute nicht vorliegt, frage ich die Staatsregierung, bis wann der Entwurf nach aktuellen Planungen vorgelegt werden soll, wann der angekündigte Runde Tisch dazu stattfinden soll und aus welchen Gründen sich das Projekt nach wie vor weiter verzögert, wo doch das „Nördliche Erdinger Moos“ bereits seit dem Jahr 2008 offiziell als europäisches Vogelschutzgebiet für das EU-weite Schutzgebietsnetz Natura 2000 gemeldet ist und bereits seitdem einen solchen Managementplan erforderlich macht.

¹ <https://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/ki-einsatz-in-pruefungenbildungsexperte-zierer-uebt-scharfe-kritik-105481517>

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich, noch formal geprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob dem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder zum Zeitpunkt, als er am Sonntag, den 16.03.2025 in der Sendung „Berlin Direkt“ öffentlich verkündete, „dass es an Bayern sicher nicht scheitern wird“², die explizite Zustimmung seines Koalitionspartners für eine Aufnahme von „Klimazielen“ in das Grundgesetz bereits vorlag (bitte den Zeitpunkt des Eingangs dieser expliziten Zustimmung offenlegen), aus welchen weiteren Gründen leistet die Staatsregierung diese Zusage zur Aufnahme von Klimazielen mithilfe einer Änderung des Grundgesetzes über eine Zweidrittelmehrheit und eine Zustimmung im Bundesrat, wenn doch die vom Ministerpräsidenten in der Sendung „Berlin Direkt“ als Grund angeführte Gefahr einer Bedrohung durch Russland und der damit verbundene Wunsch, erhebliche Summen an Geld für eine Aufrüstung zu mobilisieren, doch auch mithilfe der Erklärung einer Notlage und damit ohne Änderung des Grundgesetzes und damit sogar nur mithilfe einer einfachen Mehrheiten tatsächlich möglich wäre und aus welchen Gründen ist der Staatsregierung die Sicherung der Finanzierung der Klima-Agenda für die kommenden zwei Jahrzehnte mithilfe einer Grundgesetzänderung so wichtig, dass sie dafür sogar bereit ist, den Wortlaut aus S. 51 des Koalitionsvertrags „Neue Schulden lehnen wir ab. Wir wollen auch in schweren Zeiten Chancen statt Schulden für unsere Kinder und Enkelkinder. Wir stehen daher zum ausgeglichenen Haushalt. Eine Umgehung der ‚Schuldenbremse‘, insbesondere durch nicht mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben in Einklang stehende kreditfinanzierte Sondervermögen, lehnen wir ab.“ zu brechen?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über eine Serie von Sachbeschädigungen und Sabotageakten gegen Bergbahnen und Einrichtungen der touristischen Infrastruktur in Oberstdorf hat, von welchem finanziellen Schaden sie bei den jeweiligen Angriffen ausgeht und ob hinter den geschilderten Vorgängen ein politisches Tatmotiv vermutet werden kann?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem zwei unabhängige Untersuchungen (ZDF Frontal mit Forschern aus Dublin, NGO Global Witness) zeigen, dass die Algorithmen der Plattformen X (ehemals Twitter) und TikTok Inhalte rechter Parteien, insbesondere der AfD, überproportional verbreiten, frage ich die Staatsregierung, wie bewertet sie dieses Problem auf Social Media, insbesondere auch mit Blick auf eine Gefährdung unserer Demokratie durch rechtsextremistische Parteien, unterstützt die Staatsregierung Forderungen, dass die auf Social-Media-Plattformen verwendeten Algorithmen verpflichtend offengelegt werden müssen und welche Möglichkeiten sieht sie über das Medienrecht und insbesondere über den Medienstaatsvertrag gegen vorherrschende Meinungsmacht sowie strafbare und demokratiegefährdende Inhalte vorzugehen, zum Beispiel durch eine umfassende Haftung der Plattformbetreiber, die

² <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/sondervermoegen-schuldenbremse-csu-freie-waehler-soeder-koalition-bayern-100.html>

Einführung der 30-Prozent-Obergrenze für den Nutzeranteil analog zum Fernsehen sowie die Verpflichtung auf offene Standards, die das unbeschränkte Teilen zwischen den Plattformen erlauben würden?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Grundlagenstudien zur Untersuchung der Verkehrsverbunderweiterungen sind nach ihrer Kenntnis inzwischen abgeschlossen, welche Grundlagenstudien zur Untersuchung der Verkehrsverbunderweiterungen stehen noch aus und welche Kosten für Grundlagenstudien zur Untersuchung der Verkehrsverbunderweiterungen hat der Freistaat bisher übernommen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Stand bei den vier im Rahmen des Pilotförderprogrammes „Investitionsmaßnahmen für Bewässerungsinfrastruktur für Landwirtschaftliche Sonderkulturen, den Gartenbau und für den Weinbau“ ausgewählten Projekten in Iphofen, Nordheim, Oberschwarzach und im Spalter Hügelland, die der Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber im April 2021 angekündigt hatte (vgl. Pressemitteilung Nr. 46/21 des Staatministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz vom 16.04.2021), wie viele der zugesagten bis zu 40 Mio. Euro werden bis zum Abschluss der Pilotprojekte investiert werden und welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung in Bezug auf die Attraktivität des Förderprogrammes gewonnen?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen (bitte unter Angabe des jeweiligen Vereins) sind aktuell in „EASy Gewalt und Sport“ gespeichert, beabsichtigt sie in Anbetracht der Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13.03.2025³ „EASy GS“ abzuschaffen und aus welchem Grund hält die Staatsregierung die Existenz von „EASy GS“ überhaupt für notwendig, wo doch mit der Datei „Gewalttäter Sport“ bereits eine Verbunddatei besteht, die es den Polizeien der Länder sowie der Bundespolizei ermöglicht, sport-spezifische Personenerkenntnisse zu speichern und im Fahndungssystem INPOL abzubilden?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da es in Bayern keine staatliche Landesantidiskriminierungsstelle und somit auch keine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Diskriminierungen in Schulen gibt, frage ich, wann eine Anlauf- und Beratungsstelle, wie u. a. von den Organisationen beim Bayerischen Integrationsrat gefordert, aufgebaut wird, wie viele Fälle von Diskriminierung in Schulen in Bayern in den Jahren 2022-2025 vorliegen bzw. seitens der Staatsregierung festgestellt wurden, wie genau wurde bei den Fällen gehandelt?

Rene Dierkes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird sie ihre Rechtsaufsicht nutzen, um mögliche Korruptionsfälle im Zusammenhang mit aufenthaltsrechtlichen Bescheinigungen, deren Mitarbeiter des Münchner Kreisverwaltungsreferats verdächtigt werden, in anderen bayerischen Kommunen aufzudecken, gar erst zu verhindern

³ https://www.bayern.verfassungsgerichtshof.de/media/images/bayverfgh/5-viii-18_u.a.-pressemit.entscheidung.pdf

und vorzubeugen?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Delikte mit dem „Tatmittel Messer“ ereigneten sich im Zeitraum zwischen 01.01.2022 und 01.03.2025 in Bayern, in wie vielen dieser Fällen hatten die Tatverdächtigen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und verzeichnet die Bayerische Polizei einen Zuwachs an entsprechenden Gewalttaten?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts dessen, dass das Landesamt für Umwelt (LfU) im Rahmen von Vorschlägen zur Fortschreibung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten in der Rohstoffgruppe Gips unter anderem für das Vorbehaltsgebiet für Gipsabbau „Nördlich Altertheim“ (GI24 „Nördlich Altertheim“, Altertheim, Helmstadt, Waldbrunn, Waldbüttelbrunn und gemeindefreies Gebiet, Landkreis Würzburg) eine „Aufstufung zum Vorranggebiet in reduzierter Form“ vorgeschlagen hat, frage ich die Staatsregierung, wie bewertet sie, dass ausgerechnet dieses Vorbehaltsgebiet zur „Aufstufung zum Vorranggebiet“ durch das LfU vorgeschlagen wurde, obwohl dieses im Wassereinzugsgebiet des beantragten und geplanten Wasserschutzgebiets „Zeller Quellstollen“ liegt, was veranlasste das LfU, gerade jetzt einen solchen Vorschlag zu unterbreiten, während eines laufenden Verfahrens zur Erweiterung des Wasserschutzgebietes „Zeller Quellstollen“, das für die Wasserversorgung des nordwestlichen Landkreises Würzburg ebenso von existenzieller Bedeutung ist wie für die Wasserversorgung der Stadt Würzburg (bitte unter Angabe der Zeitläufe des Verfahrens im LfU zur Erstellung dieses Vorschlags, mindestens: Beginn der erneuten Befassung mit dem Thema „Rohstoffgruppe Gips“ bezogen auf die Planungsregion 2 „Würzburg“, Zeitpunkt der Fertigstellung und Zeitpunkt der Versendung des Vorschlags an den Regionalen Planungsverband „Würzburg“) und wie sieht und bewertet die Staatsregierung die gegenteilige Auffassung und Überlegung, dass hier vielmehr das Vorbehaltsgebiet für Gipsabbau „Nördlich Altertheim“ aus dem Regionalplan herauszunehmen wäre und stattdessen ein Vorranggebiet für Grundwasserschutz und Trinkwassergewinnung in der Größe des gesamten Wasserschutzgebietes „Zeller Quellstollen“ hätte vom LfU vorgeschlagen werden sollen bzw. hier von Seiten des Regionalen Planungsverbandes „Würzburg“ geprüft werden sollte?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie vor dem Hintergrund des neuen Münchner Stadtviertels Freiham zu einem 10-Minuten-Takt der S-Bahnlinie 8 steht und ob hier entsprechende Vorhaben geplant sind und wenn nein, warum nicht?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche konkreten Quellen oder Belege sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder stützt, wenn er im Rahmen seiner Rede beim politischen Aschermittwoch behauptet: (Zitat) „Wir müssen die wieder auf das Normalmaß zu recht führen, die in Deutschland eine Supermacht geworden sind – eine Supermacht die in Ministerien sitzt, die jeden Planungsprozess verhindert, die von Medien immer recht bekommt. Das ist

dieser große Club der NGOs. Wir müssen diese Krake einiger NGOs, wie beispielsweise Greenpeace und Attac – wir müssen deren Finanzströme verändern ... Raus aus den Regierungen – raus aus den Ministerien.“ (Zitat Ende) und dadurch deutlich sagt, dass Nichtregierungsorganisationen in einer Weise Einfluss auf Ministerien ausüben, die als Unterwanderung bezeichnet werden kann, und welche konkreten Beispiele aus der Praxis dieser Einschätzung zugrunde liegen.

Holger Griebhammer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Belegung ist nach heutigem Stand in der Justizvollzugsanstalt Marktredwitz intendiert (bitte aufschlüsseln nach Strafgefangene – ohne Jugendstrafgefangene – und Sicherungsverwahrte, Jugendstrafgefangene, Untersuchungsgefangene über 21 Jahre, junge Untersuchungsgefangene unter 21 Jahren, sonstige Gefangene u. a. Abschiebungsgefangene; ferner bitte auch aufschlüsseln nach Hauptdeliktsgruppen – Sexualdelikte, Körperverletzungen etc. – sowie nach Nationalitäten und Geschlecht), welche Abteilungen werden eingerichtet und wie werden diese intern strukturiert?

Sabine Gross
(SPD)

Nachdem die Verlagerung des Landesamts für Maß und Gewicht (LMG) nach Fürstenfeldbruck geplant ist und die Staatsregierung eine Nachnutzung der LMG-Grundstücke an der Frank-Schrank-Straße in München für den Wohnungsbau für möglich hält, frage ich die Staatsregierung nach dem Stand der Überprüfung bzw. Planung von Wohnungsbau auf diesen Grundstücken durch die Immobilien Freistaat Bayern (u. a. Umfang und Art des für möglich erachteten Wohnungsbaus, mögliche Umsetzung durch die BauNova Bayern), gibt es noch andere Überlegungen als den Wohnungsbau für die Nachnutzung der Grundstücke und wann soll ein Ergebnis zur Nachnutzung der Grundstücke vorliegen?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Da im Staatshaushalt die Belastungen durch den Schuldendienst für den Gesamtschuldenstand i. H. v. von 36,784 Mrd. Euro im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr von 601,9 Mio. Euro auf 877,4 Mio. Euro um 31,4 Prozent deutlich anwachsen (trotz geplanter Tilgung von 50 Mio. Euro in 2025), frage ich die Staatsregierung, was sind die Gründe für den Anstieg des Schuldendienstes im Kap. 13 06 (Kapital und Schulden) von 330,4 Mio. Euro auf 468,4 Mio. Euro, für den Anstieg des Schuldendienstes im Kap. 13 19 (Sonderfonds Corona-Pandemie) von 60,7 Mio. Euro auf 162 Mio. Euro (trotz Tilgung von 50 Mio. Euro) und für den Anstieg des Schuldendienstes im Kap. 13 60 (Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB) von 210,8 Mio. Euro auf 247 Mio. Euro, welche Entwicklung für die Zinszahlungen in 2026/2027 erwartet die Staatsregierung für den aktuellen Schuldenstand (36,784 Mrd. Euro) und welche Maßnahmen ergreift sie, um ein weiteres Ansteigen des Schuldendienstes für die aktuelle Staatsverschuldung zu begrenzen bzw. so weit wie möglich zu vermeiden?

Andreas Hanna-Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Nachfrage nach Rehabilitationsplätzen (stationär und ambulant bitte aufschlüsseln) in

GRÜNEN)

der geriatrischen Rehabilitation in den letzten fünf Jahren entwickelt hat, wie sich die Anzahl der Betten in der stationären geriatrischen Rehabilitation in den letzten fünf Jahren entwickelt hat und wie haben sich die Wartezeiten für Rehabilitationsplätze in den letzten 10 Jahren entwickelt?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der konkrete aktuelle Plan für den Neubau des Stadions („Center Court“) des MTTC Iphitos, den der Freistaat Bayern mit 50 Prozent fördert und für den der Waldkindergarten Kallamatsch e. V. aus Verkehrssicherungsgründen weichen muss (bitte Standort-Variante des Neubaus [A, B, C, D oder E] und konkreten Zeitplan nennen), ab wann sollen in der Studentenstadt die Nachverdichtungsmaßnahmen, die diejenige Fläche, auf der aktuell das Parkdeck/Parkhaus befindlich ist, in Anspruch nehmen werden und für die alternative Stellplätze auf derjenigen Fläche benötigt werden, auf der sich aktuell der Waldkindergarten Kallamatsch e. V. befindet, beginnen (bitte konkrete Bau- und Nachverdichtungsmaßnahmen sowie Zeitplan nennen) und welcher Alternativstandort/welche Alternativstandorte sind für den Waldkindergarten Kallamatsch e. V. vorgesehen?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wo in Bayern befinden sich Tierhaltungsbetriebe mit über 1 000 Milchkühen (bitte auflisten) und wie viele und welche Ordnungswidrigkeiten wurden in den Betrieben von ████████ in den letzten Jahren festgestellt?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen haben seit 2018 pro Jahr in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Oberfranken jeweils die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wie viele Personen werden ungefähr bis in das Jahr 2030 voraussichtlich pro Jahr in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Oberfranken jeweils die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und wie viele Personen, die seit 2018 die deutsche Staatsbürgerschaft in Oberfranken bekommen haben, sind arbeitslos?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem der Landtag mit dem Antrag auf Drs. 19/1170 beschlossen hatte, die Mittel zur Förderung der Sing- und Musikschulen für das Jahr 2024 um 3,6 Mio. Euro und für das Jahr 2025 um 6,85 Mio. Euro zu erhöhen, um unter anderem die die Integrierung der Musikschularbeit in das Ganztagesangebot und eine Erhöhung des Satzes für die Kooperationsförderung und den Ausbau der Kooperationen mit Kitas und allgemeinbildenden Schulen zu finanzieren, frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe im Jahr 2024 jeweils Mittel für die Integrierung der Musikschularbeit in das Ganztagesangebot und die Kooperationsförderung und den Ausbau der Kooperationen mit Kitas und allgemeinbildenden Schulen ausgereicht wurden, in welcher Höhe Mittel für diese Zwecke jeweils im Jahr 2025 vorgesehen sind und in welcher Höhe der Satz für die Kooperationsförderung angepasst wurde?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der seit des Tätigkeitsberichts 2022 fehlenden öffentlichen Tätigkeitsberichte des Forschungsverbands Pro-

GRÜNEN)

venienzforschung Bayern (FPB) frage ich die Staatsregierung, welche Ressourcen (bitte Finanzmittel sowie Personal in Vollzeit-äquivalenten pro Jahr mit Eingruppierung getrennt angeben) hat das bzw. plant das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst für die staatlichen Museen, Archive und Sammlungen in Bayern bereitstellen, um, wie von Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume angekündigt, alle Staatlichen Sammlungen zu inventarisieren um einen Überblick über die möglichen Raubkunstbestände zu bekommen und sie so in ihrer Arbeit zu unterstützen, im Sinne der Washingtoner Prinzipien und der Gemeinsamen Erklärung den Ansprüchen gerecht werden zu können (bitte den Verlauf der zur Verfügung stehenden bzw. geplanten Finanzmittel und Personalausstattung bekannt geben für die Jahre 2020 bis 2026), bis wann soll die von Markus Blume angekündigte Inventarisierung abgeschlossen sein und auf welchen Kanälen/Plattformen sollen diese Informationen jeweils veröffentlicht werden?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Gremien, Aufsichtsräten, Stiftungen, Fachbeiräten und sonstigen Organisationen, darunter von Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstituten, Universitäten sowie auch anderen staatlichen Organisationen, die nicht ihrer Haupttätigkeit entsprechen, hat der Ministerpräsident, der jeweilige Staatsminister, der jeweilige Staatssekretär, der jeweilige Ministerialdirektor und der jeweilige Landesbeauftragte der Staatsregierung teilgenommen?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung für den Fall, dass Bayern der geplanten Änderung des Grundgesetzes zur Lockerung der Schuldenbremse zustimmen wird, welche Infrastrukturmaßnahmen sollen konkret aus dem geplanten Sondervermögen für Infrastruktur in Bayern finanziert werden (bitte im einzelnen angeben), welche Klimaschutzprojekte sollen mit den geplanten zusätzlichen Finanzmitteln konkret in Bayern realisiert werden (bitte die Projekte im einzelnen benennen) und wie wurden die jeweiligen Projekte (in der Kürze der Zeit) ausgewählt (bitte die Infrastruktur- und Klimaprojekte auflisten, die für die nächsten Jahre geplant, aber zurückgestellt wurden und jetzt vorgezogen werden können, sowie die Projekte insgesamt auflisten, die haushalterisch für die nächsten Jahre bereits zur Umsetzung eingeplant waren)?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in Bayern im Jahr 2024 waren nichtdeutsche Staatsangehörige, hatten eine doppelte Staatsangehörigkeit oder waren Schutzsuchende (Angabe in Prozentzahlen)?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Pro-Kopf-Neuverschuldung bedeutet das 500 Mrd. Euro schwere Schuldenpaket, dem Ministerpräsident Dr. Markus Söder zustimmen will, voraussichtlich für jeden bayerischen Netto-Steuerzahler und geht die Staatsregierung davon aus, dass die Rückzahlung der neuen Schulden zukünftig zu Steuererhöhungen führen wird?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Normen und Kompetenzebenen regeln die Pflicht zu einem externen Gutachten im Rahmen der Explosionsschutzprüfung von Mühlen in Bayern, welche konkreten Möglichkeiten hat die Staatsregierung in Bayern, um die Pflicht eines externen Gutachtens zur Explosionsgefahr in Müllereibetrieben von der Betriebsgröße abhängig zu machen und wie viele Verstöße gegen die Explosionssicherheit in Müllereibetrieben in Bayern gab es seit 2013 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage (falls möglich, bitte unterteilt nach Betriebsgröße)?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele DB-Reisezentren wurden in den vergangenen fünf Jahren in Bayern geschlossen (bitte aufgelistet nach Jahr, Anzahl, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten und Kommunen angeben), bei wie vielen DB-Reisezentren ist von 2025 bis 2030 eine Schließung geplant (bitte aufgelistet nach Jahr, Anzahl, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten und Kommunen angeben) und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Reisezentren haben durch die durchgeführten Schließungen bzw. werden durch die geplanten Schließungen in den oben genannten Zeiträumen ihre Arbeit verlieren (bitte aufgelistet nach Jahr, Anzahl, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten und Kommunen angeben)?

Benjamin Nolte
(AfD)

Da der Begriff „Infrastrukturprojekt“ in politischen und gesetzlichen Kontexten oft flexibel verwendet wird, was die Nachvollziehbarkeit öffentlicher Ausgaben erschwert, frage ich die Staatsregierung, welche Kriterien definiert sie für den Begriff „Infrastrukturprojekt“, welche Infrastrukturprojekte wurden in den letzten zehn Jahren durch staatliche Fördermittel finanziert (bitte tabellarisch angeben), die keine physischen Bauvorhaben umfassen und inwiefern stellt die Staatsregierung sicher, dass unter dem Begriff „Infrastrukturprojekte“ keine beliebigen politischen Vorhaben finanziert werden, die nicht unmittelbar der öffentlichen Daseinsvorsorge oder der wirtschaftlichen Entwicklung dienen?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass in der Landeshauptstadt München modifizierte Piktogramme wie queere Ampelpärchen oder der Pumuckl als Ampelmännchen für Fußgängerampeln zum Einsatz kommen, frage ich die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage dürfen Ampelmännchen in Bayern verändert werden, aus welchen konkreten Gründen ist die Verwendung von Richard Wagner als Ampelmännchen in Bayreuth oder der Wärschtlamo in Hof nicht möglich (siehe dazu Artikel im Bayreuther Tagblatt „Nach Pumuckl-Ampel in München: Neuer Anlauf für Wagner-Ampel in Bayreuth“ vom 08.02.2025) und worin besteht der rechtliche Unterschied zwischen der Genehmigung des Pumuckl-Ampelmännchens in München, der Ablehnung des Richard-Wagner-Ampelmännchens in Bayreuth und einer möglichen Verwendung des Hofer Wärschtlamo als Ampelmännchen?

Anna Rasehorn

Anlässlich der Berichterstattung über illegale Mülltransporte nach Tschechien Anfang 2025 mutmaßlich durch ein bayerisches Un-

- (SPD) ternehmen frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen die Regierung unternommen hat, um illegale Mülltransporte signifikant einzudämmen, ob ähnliche Vorfälle mit diesem oder anderen bayerischen Unternehmen gegeben hat sowie welche Kenntnis über das Material des bisher illegal nach Tschechien entsorgten Mülls besteht (bitte mit Aufschlüsselung nach Material, Angabe des Gewichts sowie nach giftig/ungiftig)?
- Doris Rauscher**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie ist der derzeitige Planungs- und Umsetzungsstand des Schulversuchs „Kinderpflegeausbildung mit erhöhtem Praxisanteil (KiPrax)“ (z. B. hinsichtlich der Ausgestaltung des Lehrplans und der Vergütung (inkl. Refinanzierung)), an welchen Standorten soll der Schulversuch umgesetzt werden (bitte aufgeschlüsselt nach Standorten und Anzahl der jeweiligen Plätze angeben) und wie wird der Schulversuch inhaltlich ausgestaltet sein (bitte mit Aufschlüsselung der bisher entwickelten Module und im Vergleich zur bisherigen Ausbildung zur Kinderpflegerin und zum Kinderpfleger)?
- Markus Rinderspacher**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wird der vollständige barrierefreie Ausbau des S-Bahnhofs Riem bis Ende 2026 erreicht werden können, wie dies in meiner Anfrage vom 09.03.2023 in Aussicht gestellt wurde, welche planerischen und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen liegen hierfür bereits bzw. noch nicht vor und mit welchen Planungs- und Baukosten ist für die Herstellung der Barrierefreiheit zu rechnen?
- Harry Scheuenstuhl**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Genehmigungsstand des Förderantrages für den Neubau einer Grund- und Mittelschule mit offener Ganztagesbetreuung (OGTS) für Grundschüler und Veranstaltungsbereich mit vorhandener Doppelturnhalle und geplanter Schwimmhalle in der Gemeinde Wilhermsdorf (Landkreis Fürth), welche Förderprogramme samt jeweiliger zu erwartender Förderhöhen (in Euro) wurden für das Projekt bisher konkret beantragt sowie bereits bewilligt und ausbezahlt (eventuelle Teilauszahlungen) und wie hoch sind die tatsächlichen Baukosten für das neue Schulzentrum (bitte aufgliedert in Bauabschnitte, Jahr der Umsetzung und Betrag in Euro angeben)?
- Katharina Schulze**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Da sich nach aktuellen Medienberichten⁴ neun Personen auf eine Ausbildungsstelle bei der Bayerischen Polizei bewerben, frage ich die Staatsregierung, wie wird sichergestellt, dass die angenommenen Bewerberinnen und Bewerber die Vielfalt der Gesellschaft abbilden (z. B. in Hinblick auf Migrationshintergrund, Frauenanteil etc.), welche Maßnahmen trifft die Bayerische Polizei bei der Bewerbung von Ausbildungsplätzen (z. B. in Printmedien, Fernsehen, Radio, Social Media), um bestimmte Zielgruppen wie Migrantinnen und Migranten, Frauen etc. gezielt anzusprechen und welche Maßnahmen unternimmt die Staatsregierung, um die Zahl der Ausbildungsplätze an den Bedarf an Polizeianwärterinnen und -anwärtern anzupassen?

⁴ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bayerns-polizei-deutlich-mehr-bewerbungen,UeNPJMK>

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Pflichten haben private und gewerbliche Verkäuferinnen und Verkäufer von Schusswaffen zu erfüllen, welche Nachweise müssen die Verkäuferinnen und Verkäufer von den Waffenkäuferinnen und -käufern einfordern und wie wird die Erfüllung dieser Pflichten insbesondere die Einhaltung von Waffenverboten (vgl. § 41 Waffengesetz) sichergestellt bzw. durch die staatlichen Behörden kontrolliert?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Bezugnehmend auf die Schriftliche Anfrage „Förderinitiative Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“ vom 11.06.2024 (Drs. 19/2633) frage ich die Staatsregierung, wie viele Gebäude konnten 2024 mit der Förderinitiative aktiviert werden, wie viele Wohneinheiten sind 2024 dadurch jeweils entstanden und in welcher Höhe wurden die Fördermittel 2024 bewilligt und ausbezahlt (bitte jeweils aufschlüsseln nach Jahren, Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten)?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der Unterkünfte in den Landkreisen Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen haben einen Internetzugang, um welche Vertragsgeber handelt es sich?

Arif Taşdelen
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Unternehmen in Nürnberg, die selbst nicht an Messen teilnehmen oder dort ausstellen, dennoch Geschäftspartner und Kunden empfangen und hierfür bezahlbare Hotelkapazitäten in Nürnberg benötigen, jedoch während großer Messen keine Übernachtungsmöglichkeiten verfügbar sind sowie die Übernachtungspreise sowohl in der Stadt als auch der umliegenden Region auf unzumutbare Höhen steigen, frage ich die Staatsregierung, inwiefern sie Handlungsbedarf sieht, um sicherzustellen, dass diese Unternehmen auch während Messezeiten angemessenen Zugang zu Hotelkapazitäten erhalten, und ob es Überlegungen in Zusammenarbeit mit der Stadt Nürnberg gibt, mit der Messegesellschaft und der Hotelbranche eine freiwillige Selbstverpflichtung oder andere Maßnahmen zu vereinbaren, um überhöhte Preissteigerungen während Messezeiten zu begrenzen und so grundsätzlich eine ausgewogenere Preisgestaltung im Hoteltgewerbe in Bayern, insbesondere an stark frequentierten Messe- und Veranstaltungsorten, sicherzustellen?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Zurückstellung von der Schule (Art. 37 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen) wurden in den vergangenen fünf Jahren für Kinder gestellt, die bis zum 30. Juni sechs Jahre alt wurden (bitte nach Jahren, Gesamtzahl der Anträge und genehmigten Anträgen aufschlüsseln), wie viele Anträge auf Zurückstellung von der Schule wurden für Kinder gestellt, die im Zeitraum vom 1. Juli bis 30. September sechs Jahre alt wurden (bitte nach Jahren, Gesamtzahl der Anträge und genehmigten Anträgen aufschlüsseln) und wie viele Rückstellungen von der Schule erfolgten nicht auf Wunsch der Eltern (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Markus Walbrunn

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen ihr zur

- (AfD) Razzia in den Räumen des Kreisverwaltungsreferats München am 11.03.2025, insbesondere zu den laut Medienberichten im Raum stehenden Verdacht der Vorteilsnahme und widerrechtlichen Ausstellung von aufenthaltsrechtlichen Bescheinigungen durch einige Mitarbeiter der Behörden vor, wie kam es zu besagter Razzia und mittels welcher Verfahren wird durch bayerische Behörden sichergestellt, dass es zu keinen widerrechtlichen Erteilungen von Aufenthaltstiteln kommt?
- Ruth Waldmann**
(SPD) Da die Verunsicherung seitens der Verbände und Träger von Komplexeinrichtungen für Menschen mit einer Behinderung bezüglich der zukünftigen Finanzierung wächst, frage ich die Staatsregierung, inwiefern ist es zutreffend, dass sie perspektivisch plant, keine oder geringere staatlichen Mittel zur Konversion von Komplexeinrichtungen zur Verfügung stellen zu wollen (bitte mit Angabe des geplanten Zeitpunkts der Einstellung bzw. Reduzierung sowie bei Reduzierung die geplante Höhe), welche Gründe liegen dieser Entscheidung der Staatsregierung zugrunde und welche der derzeit geplanten oder bewilligten Bauvorhaben in diesem Bereich wären von dieser Entscheidung betroffen (bitte mit Angabe der davon betroffenen Anzahl an Wohnplätzen)?
- Laura Weber**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, was bedeuten die Höhen der Portionspauschalen von 35 Cent (konventionell) bzw. 46 Cent (bio) konkret am Beispiel eines Apfels von 200 g (wie viele Kinder müssen sich einen Apfel teilen), wie groß ist eine Portion in Gramm pro Kind bei Gemüse im Schuljahr 2024/2025 und welche Summe müsste Bayern aus Landesmitteln für das EU-Schulprogramm begleichen, um die Portionsgröße pro Kind mit 85 – 100 g pro Verzehrtag bei Obst und Gemüse und bei Trinkmilch mit 200 – 250 ml pro Verzehrtag (festgelegt in den Verordnungen (EU) 1308/2013 und 2017/40) bei einer Beibehaltung der 34 Portionen trotz steigender Zahl auf über 800 000 Kinder (lt. Pressemitteilung von Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber am 19.02.2025) zu finanzieren?
- Dr. Sabine Weigand**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand im Hinblick auf die Veräußerung des sog. Zerwirkgewölbes an den Verein Kulturerbe Bayern, welche Mittel werden aufgrund der großen historischen Bedeutung, der exponierten Lage und der damit einhergehenden Verantwortung des Freistaates vom Freistaat Bayern für eine Sanierung und die weitere Nutzung des Gebäudes bereitgestellt, um dem Verein, der beides aus eigener Kraft nicht bewältigen kann, diese Aufgabe zu ermöglichen (bitte Summe und Haushaltsjahre angeben) und welche der in der Machbarkeitsstudie (laut Antwort auf die Anfrage zum Plenum vom 17.06.2024) genannten Nutzungen wird vonseiten des Freistaates bei einer Vergabe bevorzugt?
- Katja Weitzel**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass in der Staatskanzlei ein Kruzifix hängt, das als Geschenk der Erzdiözese München und Freising vom ehemaligen Kardinal Friedrich Wetter an den

Freistaat Bayern überreicht wurde, falls ja, ist der Staatsregierung bekannt, dass das von einem von sexualisierter Gewalt in der katholischen Kirche Betroffenen als Provokation empfunden wird, falls ja, wie begegnet die Staatsregierung den Einlassungen des Betroffenen?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem ein Bestellbau im Nürnberger Norden für die Erziehungswissenschaftliche Fakultät (EWF) der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) frühestens Anfang der 2030er-Jahre bezugsfertig wäre, frage ich die Staatsregierung, zu welchem Ergebnis kam sie bei der Prüfung der ehemaligen Siemens-Gebäude in der Freyeslebenstraße in Erlangen, die bereits in Besitz der Universität sind, als Alternative für die EWF (falls bereits Prüfungen vorliegen, bitte Nennung der geschätzten Umbaukosten sowie des möglichen Bezugstermins, falls keine Prüfungen stattfand oder stattfindet, bitte Angabe der Gründe), wie stellt die Staatsregierung sicher, dass die Studierbarkeit für Studiengänge an der EWF bei der Realisierung einer Alternative für den bisherigen Standort Regensburger Straße stark verbessert wird, u. a. in Hinblick auf zeitnahe Umsetzbarkeit und verkehrliche Anbindung, und mit welchen Kosten rechnet die Staatsregierung, um den Campus in der Regensburger Straße so weit zu ertüchtigen, dass der Standort weiter genutzt werden kann, bis ein besserer Alternativstandort fertiggestellt bzw. ertüchtigt wäre?